

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Keine automatische Erhöhung des Rundfunkbeitrags - Reform der KEF und Senkung der Beitragshöhe

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. jeglichen Maßnahmen und Beschlüssen zu widersprechen, die zu einem Automatismus bei der Höhe des Rundfunkbeitrags führen oder die parlamentarische Mitsprache einschränken,
2. neue Wege zur Besetzung der Mitglieder der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) zu erarbeiten und diese im Rahmen der Länderkonferenzen aktiv zu bewerben,
3. Reformen zu unterstützen und voranzutreiben, die nicht nur zu einer Stabilisierung, sondern zu einer Senkung des Rundfunkbeitrags führen.

Begründung

Die automatische Erhöhung des Rundfunkbeitrags widerspricht dem Prinzip der demokratischen Kontrolle und nimmt den Bürgern die Möglichkeit, durch ihre gewählten Vertreter Einfluss auf die Entwicklung der Beitragshöhe zu nehmen. Ein solcher Automatismus gefährdet die notwendige Transparenz und erschwert die parlamentarische Kontrolle.

Die Besetzung der KEF-Mitglieder durch Landesregierungen stellt die Unabhängigkeit der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs infrage. Gerade bei der Festlegung der Höhe des Zwangsbeitrags wäre eine größtmögliche Staatsferne notwendig, um sicherzustellen, dass der Finanzbedarf der Rundfunkanstalten objektiv und ohne politischen Einfluss ermittelt wird. Daher ist es wichtig, die Besetzungsverfahren zu reformieren und die KEF unabhängiger aufzustellen.

Die derzeitigen Pläne würden außerdem die öffentliche Debatte um die Angemessenheit des Rundfunkbeitrags einschränken. Diese Debatte ist jedoch notwendig, um Vertrauen in die Entscheidungen zu schaffen und die Mittelverwendung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nachvollziehbar zu gestalten. Ohne die Einbindung der Parlamente und eine offene Diskussion werden Bürger noch stärker als bisher das Vertrauen in den Rundfunk und seine Finanzierung verlieren.

Wir fordern daher eine Reform, die eine echte demokratische Kontrolle sicherstellt und langfristig eine Reduktion der finanziellen Belastung der Beitragszahler ermöglichen.

Berlin, den 26. November 2024

Dr. Brinker Gläser

und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion